

Pressemitteilung

Berlin, 10.02.2022

Verlängerung der staatlichen Hilfen stabilisiert Insolvenzzahlen bei Unternehmen

Die Zahl der beantragten Unternehmensinsolvenzen zeigte im November 2021 einen geringfügigen Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat. Der Berufsverband der Insolvenzverwalter und Sachwalter sieht allerdings mittelfristig keine Anzeichen für einen deutlichen Anstieg der Insolvenzzahlen: Die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und die in Aussicht gestellte Verlängerung der Überbrückungshilfe IV stabilisieren die wirtschaftliche Situation vieler pandemiegeplagter Unternehmen.

Laut Pressemitteilung* des Statistischen Bundesamts ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im November 2021 im Vergleich zum Vorjahresmonat leicht gestiegen. Hatten im November 2020 noch 1046 Unternehmen Insolvenz beantragt, waren es im November 2021 1094. Dies entspricht einem Anstieg um 4,6 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat, aber immer noch einem deutlichen Rückgang von 22,6 Prozent gegenüber dem November des Vorkrisenjahres 2019.

„Die anhaltend niedrigen Zahlen bei den Unternehmensinsolvenzen werden sich auch mittelfristig fortsetzen. Die Verlängerung der staatlichen Corona-Hilfen beeinflusst weiterhin das Insolvenzgeschehen. Die vielfach angekündigte Insolvenzwelle ist nicht in Sicht“, sagt Dr. Christoph Niering, Insolvenzverwalter und Vorsitzender des Berufsverbandes der Insolvenzverwalter und Sachwalter Deutschlands (VID). Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck stellte am Dienstag die Verlängerung der Überbrückungshilfe IV bis Juni 2022 in Aussicht. Das Bundeskabinett beschloss am gestrigen Tag eine Formulierungshilfe für einen Gesetzentwurf zur Verlängerung des Kurzarbeitergeldes um weitere drei Monate bis zum 30.06.2022. *„Gerade den Arbeitnehmern in den besonders von der Pandemie betroffenen Branchen wie der Gastronomie, Hotellerie und der Touristik kommt eine Verlängerung der Hilfen zugute. Die Fortführung der Hilfen verzögert allerdings auch in vielen Fällen wichtige Transformationsprozesse“,* gibt Niering zu bedenken. *„Die Pandemie hat das Kundenverhalten nachhaltig verändert. Inwiefern die besonders betroffenen Unternehmen zukünftig an ihre Geschäftsmodelle vor der Pandemie anknüpfen können, ist in vielen Fällen ungewiss“,* so Niering weiter.

Besonders insolvenzgefährdet sind derzeit Unternehmen, die unter den aktuell starken Energiepreissteigerungen leiden. Darunter sind auch viele kleine Unternehmen. *„Wir sehen derzeit vermehrt Insolvenzen bei Strom- und Gasanbietern, die die stark gestiegenen Großhandelspreise für Strom und Erdgas nicht mehr tragen können. Diese Preissteigerungen werden an die Kunden weitergegeben. Eigentlich gesunde, aber verbrauchsintensive Unternehmen werden deshalb ebenfalls in vielen Fällen unter Druck geraten“,* so der VID-Vorsitzende.

Quelle:

* 17,2 % weniger beantragte Regelinsolvenzen im Januar 2022 als im Vormonat: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/02/PD22_054_52411.html

Über den VID:

Der Verband Insolvenzverwalter und Sachwalter Deutschlands ist der Berufsverband der in Deutschland tätigen Insolvenzverwalter und Sachwalter. Mit mehr als 460 Mitgliedern vertritt er die überwiegende Mehrheit dieser Berufsgruppe. Die Mitglieder verpflichten sich auf „Grundsätze ordnungsgemäßer Insolvenz- und Eigenverwaltung“ und zur Zertifizierung nach ISO:9001. Damit setzt der Verband Maßstäbe für eine unabhängige, transparente und qualitativ anspruchsvolle Tätigkeit in Insolvenz- und Restrukturierungsverfahren. Voraussetzung für die Mitgliedschaft ist eine mindestens dreijährige Tätigkeit als Unternehmensinsolvenzverwalter oder Sachwalter.

Kontakt:

Manuela Doss, Pressereferentin

Fon: 030 20 45 55 25

E-Mail: presse@vid.de

www.vid.de